

Riesaer Tageblatt

Dachtanschrift
Tageblatt Riesa.
Herrnzu Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliches bestimmt Blatt.

Postcheckkonto:
Dresden 1550.
Sitzesle:
Riesa Nr. 52.

Nr. 106.

Donnerstag, 8. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung; für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzuzahlen und im vorau zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Bildern wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnlicher Abdruck erlischt, wenn der Betrag versiegt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Fälligkeitsdag: Riesa, 50% Fälligkeit. Zeitung und Zeitungsbüro: Riesa, 50% Fälligkeit. Die Tageszeitung und Zeitungsbüro: Riesa, 50% Fälligkeit. Der Dienstleister oder der Förderungseinrichtung — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Hoopers gefährlicher Optimismus.

Am 2. Mai sprach in einer Rede vor der amerikanischen Bundeshandelskammer Präsident Hoover über die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen der großen New Yorker Börsenpanik, sowie über die Maßnahmen, die die Regierung ergreifen hatte, um das wirtschaftliche Leben in Gang zu halten. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass das Schlimmste überwunden sei und dass in den vergangenen 6 Monaten seit jenem großen Wirtschaftskrash das amerikanische Wirtschaftsleben sich nun wieder erholt habe.

Am gleichen Tage brach über die New Yorker Börsen abermals eine Börsenbewegung herein, die sich am 5. Mai wiederum beinahe bis zur Panik steigerte. Man könnte darin eine peinliche und bedrohliche Widerlegung der Annahmen und Hoffnungen Hoovers sehen, zumal gleichzeitig die neuen Indexziffern (bis einschließlich Dezember 1929) erschienen, aus denen hervorgeht, dass die Konjunktur einen seit Jahren beispiellosen Zustand erreicht hat. Die Indexziffern der Gesamtindustrie ist für Dezember 1929 99 gegenüber 128 im Juni; für die verarbeitende Industrie 90 gegenüber 128; für die Stahl- und Eisenindustrie 90 gegenüber 128; für die Automobilindustrie 49 gegenüber 108; für die Textilindustrie 96 gegenüber 121. Entsprechend dieser Entwicklung sind die Preise beträchtlich gesunken, wobei allerdings zu bedenken ist, dass zu einem Teil diese Preisabsenkungen auf langfristige Verhandlungen der Industrie selbst sind, die ohne Rücksicht auf ihre augenblickliche Verdienstspanne die Preise der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung anzupassen strebt, um die Produktion soweit irgend möglich in Gang zu halten.

Wie weit das möglich ist, wird sich erst noch herausstellen müssen. Dass die Aussichten schlecht sind, verbergt sich kein ernst zu nehmender amerikanischer Wirtschaftspolitiker mehr. Die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten ist in den Monaten von November 1929 bis einschließlich Februar 1930 um fast 20 Prozent gewachsen; dementsprechend die Zahl der Insolvenzen. Diese Erscheinungen wiederum entsprechen geradezu katastrophale Handlungen auf dem Arbeitsmarkt. Allerdings ist hier die Lage vorläufig vollkommen unübersichtlich; während nach den Veröffentlichungen des Handelsministeriums gegenwärtig 3,1 Millionen Arbeitslose existieren, wird ihre Zahl von den Gewerkschaften auf mindestens 4 Millionen beziffert, während von privater Seite mit annähernd 8 Millionen Arbeitslosen gerechnet wird. Man wird die Altionen der Regierung zur Abschaltung der in dieser großen Zahl liegenden Gefahren wohl würdigen müssen; dass zur Behebung der Krise von der Regierung aufgestellte Bauprogramm hat ausgezeichnete Erfolge erzielt, aber Hoover selbst betonte in seiner angesagten Rede, dass natürlich dieses Bauprogramm nicht alle Arbeitslosen beschäftigen könne. Das ist eine Gefahr, die ins richtige Licht rückt, wenn man bedenkt, dass es in den Vereinigten Staaten keinerlei öffentliche Arbeitslosenfürsorge gibt und dass außerdem eine ungemein große Zahl der von heute auf morgen um Brot und Arbeit gekommenen — die amerikanische Industrie kennt gleichfalls normalerweise keine Kündigungsfristen —, durch das verhältnismäßig ausgebildete amerikanische Abschlagswesen auf Monate hinaus finanziell belastet ist, so dass entweder die wenigen erwarteten Notgroschen in kurzer Zeit verbraucht sind, oder die Abschlagsfirmen durch das Ausbleiben der fälligen Raten belastet werden.

Der größte Befürchtung, in dem Hoovers optimistische Rede und die tatsächliche Entwicklung zu einander stehen, diese schnellere Diskrepanz zwischen Illusion und Wirklichkeit, darf gleichwohl nicht voreilig zu der Anschauung verleiten, dass die amerikanische Wirtschaft sich im Zusammenbruch befindet. Amerikas Reichtum setzt die amerikanische Wirtschaft, die sich je schlimmer die Situation wird, umso sicherer auf die Hilfe der Regierung verlassen kann, in die Lage, den Kampf um den Weltmarkt mit umso größeren Mitteln weiterzuführen. Allerdings wird für den größeren Teil der Welt dieser Kampf der amerikanischen Wirtschaft außerordentlich erschwert werden durch die Einführung, die Amerikas neue Hochschulden erzeugt haben. Eine neue Welle von Protestaktionen gegen diese amerikanischen Zollmaßnahmen ist bereits im Auftreten. In Frankreich und in der Schweiz haben — beispieloser Vorgang — Massendemonstrationen der in der Textilindustrie der beiden Länder beschäftigten Arbeiterschaft stattgefunden; offizielle Protestnoten aus mehreren europäischen Industriestaaten liegen bereits vor. Wie es scheint, werden die USA sich daran nicht lehnen. Ihre Weltmarktführerlichkeit sieht zunächst gegen Südamerika, dessen Staaten nahezu ausnahmslos in unbedingter finanzieller Obhut zum amerikanischen Kapital stehen und deren Antipathie gegen die Zollpolitik der USA, also noigebrungen platonisch bleiben muss. Die anderen beiden großen Ziele der amerikanischen Wirtschaftsexpansion sind zunächst Australien und China. In Australien haben nach einem sehr verheißungsvollen Anlauf die Amerikaner bereits erkennen müssen, dass sie der bedenkenlosen Gierigkeit australischer Wirtschaftsstaaten nicht gewachsen sind. Eroberung des russischen Marktes wäre eine ausgesuchte Sache, wenn man nur einige Sicherheit dafür hätte, in absehbarer Zeit auch die entsprechenden Werte bereinzubekommen. Allein schon jetzt werden russische Wechsel in New York nunmehr mit 75 Prozent schwanken. Bleibt also das große Wirtschaftsreich der Zukunft: China. So verheißungsvoll es auch wäre, sich in das riesengeschäft der industriellen und verkehrstechnischen Entwicklung dieses Landes zu begeben, so unsicher ist doch auch dies Geschäft, selbst wenn man — wie die USA — ge-

Einigung über die Tributanleihe.

* Paris. (Telunion.) Die in Paris tagenden Vertreter der B.I.D. sowie der Schatzämter der Gläubigerstaaten und des deutschen Finanzministeriums haben die Beschlüsse der Bankierskonferenz am Mittwoch angenommen. Die Young-Obligationen werden demnach zu 5% vom Hundert verzinst und vermutlich zu 2 v. H. unter Par. d. 5. zu 98 v. H. ausgelegt. Die Anleihestücke, denen die Halbjahres-

getilgt werden. Die Verteilung unter den an der Zeichnung beteiligten Märkten wird in der bereits bekannten Weise erfolgen. Die B.I.D. soll für ihre bankmäßige Vermittlungstätigkeit, die sie im Auftrage der einzelnen Regierungen ausübt, eine Vergütung von ein Schnell v. H. erhalten. Man nimmt an, dass die B.I.D. ihre Tätigkeit bereits am 15. Mai aufnehmen wird.

Zur Regierungsbildung in Sachsen



Der neue sächsische Ministerpräsident

ist der bisherige Präsident des sächsischen Staatsrechnungshofes, Walter Scheick, der am 6. Mai mit absoluter Mehrheit gewählt wurde. Präsident Scheick gehört der Deutschen Volkspartei an, ist aber politisch noch nicht hervorgetreten.

wohnt ist. Wirtschaftspolitik auf sehr weite Sicht zu treiben. So wird man sich auch hinsichtlich China mit Gelegenheitsunternehmungen und Teilgeschäften begnügen müssen, die zwar sehr lobhaft sein, aber niemals den Umfang annehmen können, der notwendig wäre, um der amerikanischen Industrie aus dem Dilemma zu helfen, in das die heutige Konjunktur-Rückschläge sie gebracht haben und in das sie sich noch immer tiefer zu verstreichen droht.

Zum erstenmal seit der ungewöhnlichen Konjunktur des Weltkrieges sieht sich die amerikanische Wirtschaft in dem Zwiespalt zwischen Theorie und Wirklichkeit; vielleicht lernt sie aus diesen Schwierigkeiten, dass es bei der gegenwärtigen Wirtschaftssituation auf seinem Gebiete weniger, als auf dem wirtschaftlichen, jene „splendid isolation“ geben kann, die sie erstrieb und auf die sie zeitweise so stolz war.

Die Vorgänge in Indien.

Amtliche englische Telegramme aus Indien.

London. Der Staatssekretär für Indien, Wedgwood Benn, gab am Mittwoch nachmittag im Unterhaus eine Erklärung ab, die sich ziemlich weitgehend mit dem bereits in der Presse veröffentlichten Berichten über die Vorgänge in Indien deckt. Ein von dem Staatssekretär verlesenes Telegramm bestätigt, dass ein Polizeiaffair bei den Unruhen im Bundschuh-Gebiet seiden Salben auf eine Menge abfeuern ließ, wobei, wie man glaubte, u. a. der Rädelsführer getötet worden sei. Eine Eisenbahnpolizistin wurde von 500 indischen Freiwilligen besiegt. Ein am Mittwoch eingegangenes Telegramm stellt fest, dass in Hooghsil und Howrah alles ruhig sei. In Chittagong wurden vier Personen, die, wie man glaubte, an einem Haupthaftversammlung beteiligt waren, getötet. Die letzten aus Bombay stammenden Berichte verzeichnen eine im allgemeinen ruhige Lage. Eine große Kundgebung in Bombay verlief ruhig. Der nationale Traueraufmarsch aus Anlass der Verbannung Gandhis begann am Montag und hielt am Dienstag noch an. Im Spinnereigebiet hätten 44 Betriebe, das sind mehr als die Hälfte, die Arbeit wieder aufgenommen. Truppen werden in diesem Gebiet in Bereitschaft gehalten. In Surat sei die Lage ruhig. Einige Geschäfte seien wieder offen. Eine Mittwoch vormittags aus Bombay eingegangene Mitteilung besagt, dass sich dort Montag und Dienstag keine Unruhen ereignet hätten.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

* Dresden. Ministerpräsident Scheick hat am Mittwoch vormittag den bisherigen beiden Ministern Richter und Mannfeld einen Besuch abgestattet und sie aufgefordert, auch in seinem Kabinett wieder die Ministerien des Innern und des Justizministeriums zu übernehmen. Wie wir erfahren, haben beide Herren zugesagt.

Auf Grund der Vereinbarungen im Interfraktionellen Ausschuss ist das Finanzministerium dem früheren Ministerialdirektor im Finanzministerium Dr. Just angeboten worden, der sich aber die Entscheidung noch vorbehalten hat. Neuerdings wird für den Fall, dass Dr. Just ablehnen sollte, der Name des Ministerialdirektors Dr. Hedrich genannt.

Ungeklärt ist im Augenblick noch die Frage, ob das neue Kabinett aus vier oder fünf Ministern bestehen soll. Wie von unterrichteter Seite verlautet, sind Ministerpräsident Scheick und die Mehrheit im Interfraktionellen Ausschuss gewillt, das Kabinett auf vier Minister zu beschränken. Nach dem Plan des Ministerpräsidenten und der Mehrheit des Interfraktionellen Ausschusses soll die Zusammenlegung der Ministerien derart geschehen, dass der Ministerpräsident das Volkswirtschaftsministerium, der Innenminister das von ihm schon mitverwaltete Arbeitsministerium und der Finanzminister das Wirtschaftsministerium mit übernimmt.

Über den Erdbebenbeschädigungen liegen amtlich noch keine Mitteilungen vor.

Von dem Unterstaatssekretär für Indien wurde im Oberhaus eine gleichlautende Erklärung abgegeben.

Über die Vorgänge am Mittwoch liegen aus Indien nur spärliche Berichte vor. In Ranaghat, 70 Kilometer von Kalkutta entfernt, wurde eine Polizeistation von einer großen Menschenmenge angegriffen, wobei eine Anzahl Polizisten verletzt wurde. Drei Inden wurden wegen Angriffs auf Zeitungsvorleser verhaftet. Die Menge machte den Versuch, das Gefängnis zu stürmen und die Gefangenen zu befreien, wurde jedoch zurückgewiesen. Das Hauptgefängniszentrum befindet sich gegenwärtig in Bombay, wo nach der Verhaftung des früheren Sprechers der rebellierenden Verfassung, Patel, am Mittwoch abend eine Massenkundgebung stattfand. Die Erregung in der Stadt ist ziemlich groß. Umsangreiche Vorführungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe sind getroffen worden.

Reichseinnahmen und -Ausgaben im März 1930.

* Berlin. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministers haben die Einnahmen (alles in Mill. RM) im Ordentlichen Haushalt im März 1930 536,5 und für die Zeit vom 1. 4. 29 bis 31. 3. 30 9524,9 und die Ausgaben 982,9 bzw. 10266,6 betragen, sodass sich eine Mehrausgabe von 446,4 bzw. 741,7 ergibt.

Im außerordentlichen Haushalt betragen die entsprechenden Ziffern in der Einnahme 94,3 bzw. 448,3 und in der Ausgabe minus 65,9 bzw. 302,0, sodass für März eine Mehreinnahme von 160,2 und für das ganze Rechnungsjahr eine Mehreinnahme von 146,3 entstanden ist. Die Mehrausgabe erklärt sich aus dem Rücklauf von Schuldenverbindungen u. a. des Reiches in Höhe von 79,0, von der die Ausgaben in Höhe von 18,1 in Abzug gebracht sind. Unter Berücksichtigung der Defizitvorträge aus dem Finanzjahr 1929/30 ergibt sich am Ende des Rechnungsjahrs 1929/30 ein Gesamtbetrag von 1654,3.

Der Rattenholzbestand des Reiches betrug am 31. 3. 30 2060, von denen 2048 verwendet worden sind, sodass ein Restbestand von 84 bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen vorhanden war.

Die schwedende Schulden hat sich von 1735,9 Ende Februar auf 1938,4 Ende März erhöht.